



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Sofortige Aussetzung der Absenkung des Rentenniveaus! Altersarmut endlich wirkungsvoll bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine sofortige Aussetzung der Absenkung des Rentenniveaus einzusetzen.

Begründung:

Gemäß dem „Datenreport: Soziale Lage in Bayern 2014“ des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS), ist Altersarmut eines der drängendsten sozialen Probleme Bayerns.

Entgegen der Behauptung des StMAS, die erhöhte Altersarmutsgefährdung in Bayern könne nicht auf die Höhe der Renten zurückgeführt werden, ist es mittlerweile von Experten bestätigt, dass vielen Menschen in Bayern ihre Rente zum Leben nicht mehr reicht. Insbesondere Frauen mit unterbrochener Erwerbsbiografie (Kindererziehung, Pflege naher Angehöriger und anderes mehr) und Personen, die in Wirtschaftssektoren wie etwa der Gastronomie oder der Landwirtschaft gearbeitet haben, verfügen über einen Rentenanspruch, welcher ihnen im Alter die Teilnahme am sozialen Leben erschwert, wenn nicht sogar unmöglich macht. Darüber hinaus verdienen in Bayern nach wie vor Frauen bei gleicher Qualifikation ca. 27 Prozent weniger als Männer. Das führt zu einem weiteren Absinken des Rentenbezugs. Nach einem harten Arbeitsleben stehen die Rentner letztendlich vor einem Lebensabend voller Verzicht und sozialer Ausgrenzung.

Bereits im Jahre 2012 forderte auch der Sozialverband VdK Deutschland e.V. (VdK) den Stopp der weiteren Absenkung des Rentenniveaus. Es ist deswegen höchste Zeit, ein starkes Signal aus Bayern nach Berlin zu senden und sich für die berechtigten Interessen von Millionen an Rentnerinnen und Rentnern in Bayern sowie im gesamten Bundesgebiet einzusetzen.